

Zweitens: Eine sich selbst führende Verwaltung wird, solange sie die Linie einer Regierung unterstützt und fördert, dieser unentbehrlich; nach einem Regierungswechsel dürfte sie aber im Falle abweichender politischer Erwartungen desto entbehrlicher sein; d. h. je politischer sie wird, desto mehr riskiert sie die Stetigkeit ihres Amtes.

Und drittens: Je stärker sich Verwaltung gesellschaftlich engagiert, desto offener wird zwar ihre zentrale gesellschaftliche Stellung als »Kontaktstelle und Informationsquelle« (B. Steinkämper), aber desto vielfältiger werden auch ihre Bezugsgruppen und Loyalitäten und desto geringer ihr Zusammenhalt; d. h., das Problem des Zerfalls eines Verwaltungskörpers wird akut.

GLOSSEN

WELCHES EUROPA? – WÄHREND DIE Politiker der europäischen Neun sich schwer tun, die notwendigen Voraussetzungen für die einmal beschlossenen Wahlen zu einem europäischen Parlament im nächsten Jahr zu schaffen, haben die Bischöfe Europas – vermutlich zum erstenmal in der Geschichte der Kirche – ein gemeinsames Wort zu einer aktuellen Sachfrage der Öffentlichkeit vorgelegt. Gemeint ist die »Erklärung der europäischen Bischofskonferenzen zu Europa« vom 29. Juni, dem Peter- und Paulstag dieses Jahres. Unabhängig zunächst vom Gegenstand des pastoralen Schreibens verdient es festgehalten zu werden, daß sich die vierzehn Bischofskonferenzen nord-, west- und südeuropäischer Länder – das sind die Bischöfe von siebzehn nichtkommunistischen europäischen Staaten zuzüglich derjenigen Jugoslawiens – zu diesem gemeinsamen Wort zusammengefunden haben. Die osteuropäischen Bischofskonferenzen waren über den Inhalt des Schreibens unterrichtet, sie konnten ihn aus den bekannten Gründen jedoch nicht vor der Öffentlichkeit vertreten.

Das Wort der Bischöfe ist den Katholiken bekannt. Es will, so Bischof Franz Hengsbach, mit Blick auf die europäischen Katholiken zunächst Verantwortungen bewußt

machen für den Abbau von Hader, Haß und Ungerechtigkeit oder positiv für Friedensverwirklichung; mit Blick auf die Politiker Verantwortungen dafür, Europa nicht nur zu einer wirtschaftlichen Interessengemeinschaft zu entwickeln.

Dem bischöflichen »Wort zu Europa« lag ein Entwurf der österreichischen und der deutschen Bischofskonferenz zugrunde, dessen Formulierungen im einzelnen von west- und nordeuropäischen Bischöfen kräftig korrigiert wurden, dessen Grundtenor jedoch nicht in Frage gestellt wurde.

Das trifft leider nicht zu auf die Erklärung der Delegiertenversammlung der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände Deutschlands zu Europa vom vergangenen September, wie die Reaktionen der Katholiken Westeuropas auf dieses Papier belegen. Diese unterschiedliche Reaktion – verglichen mit dem bischöflichen Entwurf und seiner grundsätzlichen Übernahme durch die nicht-deutschsprachigen Episkopate – erscheint uns bemerkenswert, weil sich beide Textvorlagen substantiell nur begrenzt unterscheiden. Natürlich geht die Erklärung der deutschen katholischen Laien die Aufgabe Europa weniger pastoral, dafür um einen Schuß politisch fordernder an, vor allem im Blick auf

die Kirche und die katholischen Verbände, doch hütet sie sich vor jeder kurzfristigen punktuellen Programmatik.

Die Resonanz auf die Erklärung, die vom Zentralkomitee der Deutschen Katholiken von ausländischen katholischen Gruppen und Einzelpersonlichkeiten erbeten wurde, läßt auch bei wohlwollender Interpretation den Schluß nicht zu, daß die europäischen (Laien)Katholiken in nächster Zeit in politischen und gesellschaftlichen Fragen eine gemeinsame Sprache sprechen werden. Auf der Klausurtagung der Arbeitsgemeinschaft im Mai dieses Jahres in Würzburg hat der zuständige Referent beim Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, Wilhelm Rauscher, die Kritik des Auslands an der bundesdeutschen Erklärung auf folgende Nenner gebracht: andere Prioritäten (an erster Stelle Hilfe für die dritte Welt, sozialer Ausgleich des europäischen Gefälles; Europa als soziale Vision, nicht als soziale oder politische Ordnung; starke Befürwortung der Entspannungspolitik; wenig Interesse an institutionellen Fragen). Rauscher sieht den Hauptgrund für die unterschiedlichen Zielvorstellungen der europäischen Katholiken im Fehlen gemeinsam verbindlicher Ordnungsprinzipien. »Die katholische Soziallehre ist nicht mehr die gemeinsame Grundlage ...« Stattdessen sei das Stichwort »Sozialismus« vorherrschend, das jedoch – äquivok gebraucht – ganz Unterschiedliches abzudecken habe; ferner in einer stärker unmittelbaren Anwendung von Offenbarungswahrheiten auf gesellschaftspolitische Erscheinungen. »Die Argumentationsweise ist stark spirituell geprägt«, daher lehne man auch direkte politische Einflußnahme ab. »Jede Geschlossenheit dieser Art wird als Blockbildung ausgelegt und gerät in den Verdacht des politischen Machtstrebens« – so wie die öffentliche Präsenz der Kirche in der Bundesrepublik wenn schon nicht offen abgelehnt, doch sehr mißtrauisch betrachtet wird. Trotzdem bedeutet das nach Rauscher nicht, daß man auf politische Praxis verzichte. »Das politische Feld ist da, wo es um die Anwaltschaft für unterprivilegierte Gruppen geht. Im Hinblick auf Europa heißt dies, daß die Katho-

liken und Christen sich vornehmlich oder ausschließlich der durch den gemeinsamen Markt benachteiligten Gruppen anzunehmen hätten und jene Fragen aufgreifen müßten, die von den europäischen Institutionen nicht abgedeckt oder nur unzureichend behandelt werden.«

Auch wenn man geneigt ist, die bis jetzt vorliegenden Reaktionen auf die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft zu Europa nicht zu überschätzen – von zweihundert Befragten hatten bis Ende Mai fünfzig geantwortet –, muß man ihnen indikatorischen Charakter zuerkennen, zumal da diese Resonanz durchaus im Rahmen der sozial-politischen Konzeptionen der west- und südeuropäischen Katholiken bleibt, bzw. deren Konzeption bestätigt. Sie ist vom gesellschaftspolitischen Modell der Mehrzahl der deutschen Katholiken wesentlich verschieden. Es hat wenig Sinn, dies zu bestreiten, es hat auch wenig Sinn darüber zu klagen. Und es ist sehr fraglich – ich halte es für unmöglich –, auf argumentativem Wege, durch Gespräche, Diskussionen die sehr verschiedenen Positionen anzunähern. Dahinter stehen ja nicht frei verfügbare Optionen, sondern unterschiedliche Sozialphilosophien, unterschiedliche Rechtsvorstellungen, unterschiedliche Ekklesiologien. Vor allem aber unterschiedliche historische Werdegänge, Herkünfte, Voraussetzungen, Modalitäten. (Möglicherweise sind die theoretischen Positionen nur Rationalisierungen des historischen Weges.)

Es muß – unter der Voraussetzung, daß die Bilanz der ersten Resonanzen durch weitere Stellungnahmen gedeckt und erhärtet wird – nüchtern gefragt werden, was diese Bilanz aus binnendeutscher Optik unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten bedeutet. Sie kann bedeuten eine Absage an eine freie, pluralverfaßte Staatengemeinschaft auf der Grundlage christlicher Sozialprinzipien. Die hauptsächlichen Desiderata, die in den ausländischen Stellungnahmen zur Sprache kommen, unterscheiden sich kaum von den Forderungen sog. linker jugendlicher Gruppen – katholischer und nichtkatholischer – in der Bundesrepublik. In der konkreten Zielsetzung sind nur schwer Unterschiede auszumachen zu den Europa-Konzeptionen

à la Brandt und Kreisky. Es kann also nicht ausgeschlossen werden, daß vom angestrebten Ziel her gesehen die Dynamik der westeuropäischen Katholizismen gleiche Ruder schläge bekommt wie die der geborenen Sozialisten. Daran ändert die gewiß vorhandene unterschiedliche Motivation nichts, zumal die Grundmuster, vor allem in ihren negativen Abgrenzungen, eben doch sehr nahe beieinanderliegen: Wirtschaftlich erfolgreiche Leistungsgesellschaften – so wie die bundesdeutsche – sind kapitalistische Gesellschaften, die den Menschen und seine Bedürfnisse grundsätzlich dem Leistungsertrag, dem Profit, nachordnen. Dies ist wider den Geist des Evangeliums, also muß es geändert werden, beziehungsweise darf eine sog. erfolgreiche Leistungsgesellschaft nicht Modell für ein Europa der Zukunft werden.

Für die Katholiken der Bundesrepublik ist es dennoch weder nutzlos noch überflüssig, die mehr oder wenig kritisch-ablehnenden Äußerungen ernst zu nehmender ausländischer Katholiken am deutschen Modell Kirche–Staat–Gesellschaft zu bedenken. Dabei sollten zunächst Erfahrungen der Vergangenheit und Gegenwart, die dieses Nachdenken verkürzen könnten, außer acht gelassen werden; etwa daß es in fortgeschrittenen Industriegesellschaften bis heute keine »dritten Wege« zwischen Marktwirtschaft und zentraler Verwaltungswirtschaft bzw. Staatsdirigismus gibt; daß das spirituelle Engagement der west- und südeuropäischen Katholiken innerhalb ihrer eigenen Gesell-

schaften bis heute nicht in der Lage war, ihre Gesellschaften sozial zu befrieden usw. Es kann von unserer Seite nicht in Abrede gestellt werden, daß zwischen formaler sozialer Befriedung, also Abbau und Überwindung sozialer Klassegegensätze, wirtschaftlichem Wachstum oder gar Reichtum, in jedem Falle hohem Lebensstandard im internationalen Vergleich und Enttäuschung, Leere, Frustration im Leben vieler Einzelner ein Zusammenhang besteht, der mit der Vokabel »Materialismus« nur unzulänglich gekennzeichnet wird. Hypertrophien sind auf die Dauer immer lebensbedrohend. Und es soll auch nicht verschwiegen werden, daß viele von uns, die ihren Glauben ernst zu leben versuchen, in ihren Augen vor dem Anspruch des Evangeliums nur dadurch bestehen, daß sie diesen Anspruch ihren eigenen Ordnungsvorstellungen anpassen.

Man wird weder heute noch morgen entscheiden können, was für die konkrete Gestalt des künftigen Europa auf die Dauer von größerer Bedeutung sein wird, aktionsfähige Institutionen auf der Grundlage einer von Christen getragenen Ordnungspolitik oder aber das Ferment eines christlich bezugten Glaubens in allen sozial-politischen Aktivitäten der neuverfaßten Gemeinschaft. Es könnte freilich auch sein, daß es für die Katholiken Europas nichts zu entscheiden gibt, dann nämlich wenn die Geschichte über theoretische Auseinandersetzungen hinweggeht.

Walther van Haaren